

Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

Geschäftszeichen
(bitte bei Antwort angeben)
16-1053/152/45

Dresden, 10. Februar 2023

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Kleine Anfrage des Abgeordneten Carsten Hütter (AfD)

Drs.-Nr.: 7/12132

Thema: Aktivitäten der Gruppe „Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden“ (KAD) in Sachsen im Jahr 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Der Fragesteller verwendet in der Kleinen Anfrage den Begriff „linksextremistische Organisation“. Die Staatsregierung beantwortet die unter diesem Begriff stehenden Fragen mit der Maßgabe, dass sie der Bedeutung „linksextremistische Organisation“ die Begrifflichkeit im Sinne von verfassungsfeindlichen Bestrebungen gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (SächsVSG) zugrunde legt.

Frage 1:

Welche Aktivitäten der Gruppe „Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden“ (KAD) im Jahr 2022 sind der Staatsregierung bekannt? (Bitte aufschlüsseln nach Datum, Veranstaltungsart- und Ort, Teilnehmerzahl)

Frage 2:

Wie viele Personen waren in der Gruppe „Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden“ im Jahr 2022 aktiv?

Frage 3:

Wie viele Personen, die in der Gruppe „Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden“ im Jahr 2022 aktiv waren, gehörten im Jahr 2022 auch einer anderen linksextremistischen Organisation oder einer sonstigen als extremistisch eingestuften Organisation an? (Bitte aufschlüsseln nach Anzahl, Name und Ort der extremistischen Organisation)

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
des Innern
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden

Telefon +49 351 564-0
Telefax +49 351 564-3199
www.smi.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Besucherparkplätze:
Bitte beim Empfang Wilhelm-Buck-Str. 2 oder 4 melden.

Frage 4:

Wie viele Personen, die in der Gruppe „Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden“ im Jahr 2022 aktiv waren, waren vormals in einer anderen Organisation aus dem linksextremistischen Spektrum oder einem sonstigen extremistischen Spektrum aktiv? (Bitte aufschlüsseln nach Anzahl, Name und ggf. Ort der Organisation)

Frage 5:

Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu Straftaten im Zusammenhang mit Aktivitäten nach Frage 1.? (Bitte aufschlüsseln soweit mögliche nach jeweiliger Handlung, Straftatbestand, Ermittlungsverfahren und dessen Ausgang)

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 1 bis 5:

Das Landeskriminalamt Sachsen erfasst Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität, die im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) gemeldet wurden. Dies umfasst auch politisch motivierte Straftaten, die im Rahmen von Veranstaltungen, Versammlungen, Ansammlungen, Konzerten, Vorträgen, Schulungen und sonstigen Aktivitäten verübt wurden. Zu diesen Straftaten berichtet die Staatsregierung fortlaufend im Rahmen monatlicher Kleiner Anfragen (vgl. die Antwort der Staatsregierung auf die Kleine Anfrage Drs.-Nr. 7/8950 [Januar 2022] ff.), auf die verwiesen wird. Die im Bereich der Verfassungsschutzbehörden geführten Beobachtungsobjekte sind jedoch keine Katalogwerte des bundeseinheitlichen KPMD-PMK. Es besteht zwischen den Datenbanken der sächsischen Polizei und denen des Verfassungsschutzes auch keine entsprechende Verknüpfung (vgl. die Erläuterung in der Antwort der Staatsregierung auf die Kleine Anfrage Drs.-Nr. 7/7322). Im Ergebnis ist daher aus dem KPMD-PMK heraus keine trennscharfe und valide Aufschlüsselung von Straftaten im Sinne der Fragestellung möglich. Über den KPMD-PMK hinausgehend bestehen in der sächsischen Polizei keine sonstigen Sammlungen bzw. Sonderauswertungen zu den erfragten Straftaten.

Von einer weiteren Beantwortung wird abgesehen.

Einer weiteren Beantwortung stehen gesetzliche Regelungen entgegen (Artikel 51 Absatz 2 Verfassung des Freistaates Sachsen). Gemäß § 15 Satz 1 SächsVSG unterrichten das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Absatz 1, § 3 Absatz 1 SächsVSG. Insoweit beschränkt sich die Berichterstattung auf erwiesene extremistische Bestrebungen.

Mit freundlichen Grüßen



Armin Schuster